Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 257 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig u.o Porto. | Halver Dienstag, den 2. November | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1926

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Generalsekretär Drummond vom Völkerbund hat den freigewordenen Posten des Untergeneralsekretärs des Völkerbundes dem Londoner deutschen Botschaftsrat Dufour angeboten.

* Nach amtlichen Berechnungen hatten im letzten Monat die Ausgaben in der Erwerbslosenfürsorge 92,4 Millionen Mark (im Vormonat 98 Millionen Mark) betragen.

* Die bayerische Regierung hat eine Verordnung erlassen zum besseren Ehrenschutz öffentlicher Persönlichkeiten.

* In Angora ist ein deutsch-türkischer Handels- und Niederlassungsvertrag vorläufig unterzeichnet worden.

Ueberbelastung des Gewerbes.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Eine Welle von Protesten der Gewerbetreibenden durchzieht ganz Deutschland: überall entrüsten sich die örtlichen Berufsvertretungen mit Recht darüber, daß die Besteuerung von Handel und Gewerbe in einer rücksichtslosen Form erfolgt. Überall regnet es Einsprüche dagegen, daß bei der Einkommensteuer die Buchführung nicht als maßgebend betrachtet wird, sondern daß die Steuerbehörden willkürlich einschätzen. Natürlich wird auch darüber geklagt, daß die Gewerbesteuer vielfach zu untragbarer Höhe emporgeschraubt ist. Schon die kürzliche Denkschrift der Wirtschaft hatte sich ganz besonders gegen viele Mißstände auf dem Gebiete der Gewerbebesteuerung gewandt, hatte vor allem verlangt, daß die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer erst einmal gleichmäßig festgelegt werden soll und ferner der festgelegte Höchstsatz nur dann überschritten werden dürfe, wenn das Reich seine Genehmigung dazu gibt.

Nun steht eine Novelle zur Regelung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1927 in Aussicht und das wird vom Landesausschuß der Preußischen Industrie- und Handelskammern, also der Spitzenorganisation aller berufsständigen Organisationen von Industrie und Handel, dazu benutzt, um die Beschwerden gegen die Form der jetzigen Besteuerung den beteiligten Stellen zusammenfassend vorzutragen. Diese neue Denkschrift weist darauf hin, daß angesichts der gesamten wirtschaftlichen Lage viele Unternehmungen und Gewerbetreibenden gar nicht in der Lage sind, die hohen Gewerbesteuer-Nachforderungen der Gemeinden zu erfüllen. Kat[illegible]hal habe das Verhalten der Finanzbehörden gewirkt, weil diese jetzt bei der Gewerbesteuerschätzung für 1925 starke Nachforderungen ohne Rücksicht auf die jetzige wirtschaftliche Lage gestellt haben. Es ist selbstverständlich, daß der Handel- und Gewerbetreibende nie mit diesen Nachforderungen gerechnet hat, diese also in die Geschäftsunkosten gar nicht hineinkalkuliert sind. An diesen Mißständen sind aber nicht bloß die Steuerbehörden selbst schuld mit ihrer viel zu hohen Einschätzung der Gewerbesteuer, sondern vielfach haben die Gemeinden kein genaues Bild darüber gehabt, wieviel ihnen diese Gewerbesteuer an Einnahmen überhaupt erbringen würde, und es gibt nicht wenige Kommunen, denen durch die überraschend hohen Beträge dieser Einkünfte bis zu 50 % über das Aufkommensoll hinaus in den Schoß gefallen sind. Darum verlangt die Denkschrift, daß die Einschätzung für das Jahr 1926 nicht auf den Grundlagen von 1925 sich aufbauen dürfe, weil zahllose Geschäfte und Unternehmungen 1926 einen ungleich geringeren Ertrag abgeworfen haben als im Jahre zuvor; sie müßten sonst eine Ertragsteuer entrichten, die in keinem Verhältnis zu dem im Jahre 1926 erzielten Gewinn steht.

Die Gemeinden klagen, weil sie mit ihrem Etat nicht zurechtkommen; da erhöht man denn flugs die Gewerbesteuer, kündigt schon vielfach an, daß entgegen der Mahnung der Staatsregierung nun für 1926 höhere Zuschläge erfolgen sollen als für das Vorjahr. Dabei kann die vorliegende Denkschrift den zahlenmäßigen Beweis dafür antreten, daß die Gemeinden bei der Aufstellung ihres Haushalts vielfach die Steuergrunderträge viel zu niedrig eingesetzt haben. Dieses Mehraufkommen hat aber nun keineswegs dazu geführt, die jetzige Gewerbesteuer zu decken. Die Denkschrift der Handelskammern stellt erbittert fest, daß Gemeinden, die durch die Gewerbesteuer den doppelten Betrag des Aufkommensolls hereingebracht haben, die Mahnung der Staatsregierung, die Gewerbesteuersätze herabzusetzen, nicht zu befolgen gedenken. Die Denkschrift verlangt daher gesetzliche Maßnahmen, verlangt vor allem eine nachträgliche Rückführung der Gewerbebesteuerung für 1925/26 in der Form, daß die Mehraufkommen zur Senkung der Gewerbesteuer verwandt werden müssen. Vor allem aber: Sparsamkeit bei der Finanzwirtschaft der Gemeinden! Und des weiteren müssen Maßnahmen dagegen ergriffen werden, daß an Gewerbesteuer nicht mehr erhoben wird, als bei sparsamer Wirtschaft notwendig ist; daß aber darüber hinaus auch endlich die schweren steuerlichen Ungerechtigkeiten bei der Einschätzung, die ungleiche Belastung der verschiedenen Erwerbsgruppen und andere schwere Mißstände ausgemerzt werden.

Die Gewerbesteuer paßt — wie viele andere Realsteuern — nach Ansicht der Denkschrift eigentlich gar nicht mehr in ein modernes Steuersystem hinein. Praktisch laufe ja das Nebeneinander von Einkommen- und Gewerbesteuer allzuoft auf eine doppelte Besteuerung hinaus. Leider erheben die Kommunen gegen eine Milderung gerade auf dem Gebiete der Gewerbebesteuerung bisher den stärksten Widerspruch.

Der neue Generalsekretär in Genf.

Dufour deutscher Untergeneralsekretär beim Völkerbund.

Vom Kaufmann zum Diplomaten.

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht ein Kommuniqué, nach dem der Generalsekretär Drummond den freigewordenen Posten des Untergeneralsekretärs des Völkerbundes dem Londoner deutschen Botschaftsrat Dufour angeboten habe. Die Ernennung bedarf noch der formalen Zustimmung des Völkerbundrates, es ist aber kaum an der Zustimmung zu zweifeln, da die Berufung sicher nicht bekanntgegeben worden wäre, wenn die dem Völkerbundrat angehörenden Mächte nicht schon ihre Zustimmung gegeben hätten.

Der neue deutsche Generalsekretär in Genf ist aus dem Kaufmannsstande hervorgegangen. Er war Großkaufmann in Leipzig, als er zum Geheimen Legationsrat bei der deutschen Botschaft in London ernannt wurde, um dem jetzigen Botschafter Sthamer zur Seite zu stehen, der nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen als Geschäftsträger nach der britischen Empire geschickt wurde. Auf dem Londoner Posten hat Dufour, der später zum Botschaftsrat aufrückte und dann den Titel eines Gesandten erhielt, während seiner sechsjährigen Tätigkeit dem Reiche ausgezeichnete Dienste geleistet. Als sein Nachfolger ist mehrfach der gegenwärtige Reichspressechef, Ministerialdirektor Dr. Kiep, genannt worden, der mit den englischen Verhältnissen besonders vertraut ist, da er in Glasgow aufgewachsen ist.

Der entscheidende Punkt.

Schwierigkeiten der Thoirypolitik.

Pertinax befaßt sich im „Echo de Paris" mit der Unterredung Briand—Hoesch, die seiner Ansicht nach nicht ohne Bedeutung sei, da Briand zum erstenmal seit dem Tage von Thoiry in die Lage versetzt worden sei, zur Annäherungspolitik Stellung zu nehmen. Man dürfe nicht darüber erstaunt sein, daß die Deutschen zwischen Briand und den Dienststellen des Quai d'Orsay einen Unterschied machten. Der Grund dafür liege in der pathetischen und unklugen Rede des Außenministers vom 10. September. Es sei zu begrüßen, daß Briand endlich seine Rede verleugnet habe. Es sei Sache der Deutschen, die Garantien anzugeben, die an die Stelle der französischen Sicherungen im Rheinlande treten sollten. Die militärische Besetzung des Rheinlandes, die im Ernstfalle die Störung der deutschen Mobilisierung erlauben würde, gebe den Staaten Mitteleuropas zur endgültigen Konstituierung eine Frist von zehn Jahren. In guter Logik könne Frankreich seine Soldaten erst dann zurückrufen, wenn Deutschland alle Befürchtungen über eine Revanche im Osten zerschlage. Dies sei der entscheidende Punkt der Politik von Thoiry. Man erwarte mit Neugier die Erklärungen, die Berlin in dieser Frage geben werde, vor allem über seine österreichische Politik. Frankreich müsse in dieser Hinsicht um so sorgfältiger vorgehen, weil der Völkerbundrat niemals einstimmig den Anschluß bekämpfen werde, wenn man plötzlich vor vollzogenen Tatsachen stehe.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verstärkung des staatlichen Ehrenschutzes in Bayern.

Nach einer Verordnung der bayerischen Staatsministerien der Justiz und des Innern wird in Zukunft im Interesse der Verstärkung des staatlichen Ehrenschutzes die Staatsanwaltschaft öffentliche Klage erheben, wenn einwandfreie Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen und das Vertrauen ihrer Mitbürger genießen, grundlos beschimpft oder wenn gegen sie unbegründete Vorwürfe erhoben werden, die geeignet sind, ihre Vertrauensstellung zu erschüttern oder ihnen das weitere öffentliche Wirken zu verleiden oder unmöglich zu machen.

Lippisch-bremische Verhandlungen.

Im Schaumburg-Lippischen Landtag bezeichnete es die Regierung als eine ihrer Hauptaufgaben, die staatliche Selbständigkeit des Landes zu erhalten. Es werde die Bildung einer gewissen Arbeitsgemeinschaft mit einem anderen Staate angestrebt, weshalb die Regierung mit dem Senat der Stadt Bremen Fühlung genommen habe. Der vom Bremer Senat gemachte Vorschlag könne eine Lösung bringen, die bei völliger Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit des Landes diesem eine wesentliche Erleichterung in seinen Staatsaufgaben bringen würde. Die jetzt eingeschlagene Politik bedeute aber keine Abkehr von der Politik der vorigen Regierung, der Politik zur Erhaltung des besten Einvernehmens mit dem Nachbarstaate Preußen.

Freistaat Danzig.

× **Aufgaben der neuen Danziger Regierung.** Im Danziger Volkstag gab Senatspräsident Dr. Sahm im Namen des neuen Senats eine Regierungserklärung ab. Als Hauptaufgaben der neuen Regierung bezeichnete er die Herbeiführung einer Gesundung der Staatsfinanzen, die Selbständigkeit und die Freiheit Danzigs und ihren deutschen Charakter zu wahren, die Beziehungen zum Völkerbund und verständnisvolle Zusammenarbeit mit Polen auf wirtschaftlichem Gebiete zu pflegen. Schließlich kündigte Dr. Sahm noch eine Verkleinerung des Beamtenkörpers an.

Aus In- und Ausland.

Koblenz. Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat den in München erscheinenden „Simplizissimus" vom 25. Oktober 1926 auf die Dauer eines Monats vom besetzten Gebiet ausgeschlossen.

Prag. Bei der ersten, von dem kommunistischen Volksbildungsverein Proletkult im Bio Kapitol veranstalteten Aufführung des Filmes „Potemkin" kam es zu wüsten Lärmszenen seitens faschistischer Elemente, so daß sich der anwesende Regierungsvertreter veranlaßt sah, die weitere Vorführung des Filmes zu verbieten.

Madrid. Wie aus Tanger gemeldet wird, ist dort der Generalstreik ausgebrochen, der seinen Grund in der allgemeinen Unzufriedenheit mit der politischen und der wirtschaftlichen Lage hat.

Angora. In Angora sind ein deutsch-türkischer Handels- und ein Niederlassungsvertrag paraphiert worden. Die Verträge sind das Ergebnis sehr schwieriger Verhandlungen, die sich über ein Jahr hingezogen haben.

Teheran. Durch ein königliches Dekret ist die Militärdienstpflicht in Persien mit sofortiger Wirksamkeit eingeführt worden. Die Rekrutierung wird am 7. November beginnen.

Die Kosten der Erwerbslosenfürsorge.

Ein neues Arbeitsschutzgesetz.

Nach amtlichen Berechnungen hatten im letzten Monat die Ausgaben in der Erwerbslosenfürsorge 92,4 Millionen Mark (im Vormonat 98 Millionen Mark) betragen. Davon entfielen auf die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge je 22 Millionen Mark, auf die Gemeinden etwa 10 Millionen Mark, auf das Reich und die Länder je 19 Millionen Mark.

Der Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes ist am Sonnabend dem Reichstag zugeleitet worden.

Die Krise der deutschen Landwirtschaft.

Äußerungen des Reichsernährungsministers.

Dr. Haslinde führte in einer Rede in Crostwitz aus, daß die Agrarkrise noch keineswegs vorüber, aber doch wesentlich gemildert sei. Das Bild würde heute noch freundlicher sein, wenn der Ernteausfall noch günstiger gewesen wäre. In Zukunft wird man eine Steigerung der Produktion erstreben müssen, nicht zuletzt durch Intensivierung der Produktionsmethoden. Wie dem Bauerntum, so bringe die Reichsregierung auch der Landwirtschaft reges Interesse entgegen, wie aus den Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms zu erkennen sei. Das Siedlungsproblem werde dauernd gefördert. Aber mit regierungsseitiger Hilfe allein sei es nicht getan. Die Landwirtschaft müsse sich aus eigener Kraft aus der Krise herausarbeiten.

Diese Einsicht greife auch in den Reihen der Landwirtschaft immer mehr Platz. Freilich müsse dem durch Milderung der Reparationslasten entgegengekommen werden. Erst dann könne auch der Weg der internationalen Wirtschaftsverständigung erfolgreich weiterbeschritten werden, der mit Genf und Thoiry begonnen worden sei. Die Auswirkungen des Wirtschaftsmanifestes ließen sich noch nicht klar beurteilen, doch gebe zu denken, daß manche Länder sich diesem gegenüber ablehnend verhielten. Auf keinen Fall dürfe die internationale Verständigung, so wünschenswert sie auch sei, auf Kosten der nationalen wirtschaftlichen Selbständigkeit geschehen.

Tagung der Heereskammer.

Wünsche der Unteroffiziere und Mannschaften.

Am 22. und 23. Oktober fand, wie amtlich mitgeteilt wird, im Reichswehrministerium eine Tagung der Heereskammer statt, die durch eine längere Ansprache des Reichswehrministers eingeleitet wurde. Im Verlaufe der Tagung wurden zunächst Fragen der Fürsorge und Versorgung berührt: Stand der Zivilversorgung, Unterbringung im freien Erwerbsleben, Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Siedlung und Versorgungsgebührnisse. Es folgte die Erörterung von Wünschen der Truppenteile über die Beförderungsmöglichkeiten und Vermehrung der Beförderungsstellen im Zusammenhang mit Besoldungsfragen. Zur Sprache kamen dann die Kleidungswünsche, z. B. nach einer leichten Sommeruniform, einer praktischen und gefälligen Friedensuniform u. a. Auf dem Gebiet der Verpflegungswirtschaft kam in erster Linie die Frage der freien Verpflegung oder des Wegfalles des Verwaltungskostenzuschlages zur Sprache. Dasselbe Problem beschäftigte die Heereskammer im Hinblick auf die Unterkunft der Heeresangehörigen. Auch die diesjährige Tagung der Heereskammer hat die Möglichkeit gegeben, Wünsche der Unteroffiziere und Mannschaften des gesamten Heeresbereiches unmittelbar in eingehenden Besprechungen vorzutragen, und hat die Übereinstimmung der Bestrebungen der Verwaltung mit den Wünschen der Truppe erkennen lassen.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Niemals freundschaftlicher als jetzt.

Die „Sun" meldet aus Washington, daß die Beziehungen Deutschlands zu Amerika seit dem Kriege nie-

Württemberg und Potemkinfilm.

Stuttgart. Im Laufe der heutigen Landtagssitzung wurde von kommunistischer Seite ein Vorstoß gegen das Verbot des Potemkinfilms durch das württembergische Polizeipräsidium unternommen. Der Minister des Innern, Belz, erklärte, er sei damit einverstanden, daß das Polizeipräsidium das Verbot auch gegen den verkürzten Film aufrechterhalten habe. Das württembergische Vorgehen verstößt nicht gegen das Reichsgesetz. Zu einem solchen bewußten Verstoß würde er nie die Hand geben. Sollte das württembergische Vorgehen vom Verwaltungsgerichtshof für unzulässig erklärt werden, so würde sich die württembergische Regierung fügen. Man muß bedauern, daß die Filmprüfstelle diesen Film überhaupt zugelassen hat.

Wegen Hindenburg-Beleidigung verurteilt.

Berlin. Die erste Anklage wegen öffentlicher Beleidigung des Reichspräsidenten beschäftigte das Große Schöffengericht Berlin-Mitte. Sie richtete sich gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der Roten Fahne, Hauswirth, und lautete auf Vergehen gegen § 8 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik. Ihre Grundlage bildete das im Juli in der Roten Fahne veröffentlichte Gedicht „Achtung Hunde", „Eine Tierfabel aus dem Hundereich". Den Versen ging ein Bild voran, das einen Hund darstellte, der die karikierten Züge des Reichspräsidenten darstellte und im Maule einen Knochen mit der Aufschrift „Verfassung" trug. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis und Publikation des Urteils in vier großen Zeitungen, in der Roten Fahne und im Völkischen Beobachter.

Strafverfahren in Mainz niedergeschlagen.

Mainz. Infolge des Koblenzer Abkommens sind 41 Strafverfahren, die bis zum 17. September dieses Jahres am hiesigen Militärpolizeigericht anhängig waren, niedergeschlagen worden.

Dollaranleihe für den Berliner Wohnungsbau.

Newyork. Die Foreign Trade Securities Co. erwarb 1 500 000 Dollar 7prozentiger Sinkingfund Goldbons mit 20jähriger Laufzeit der Housing and Improvement Co. Die Auflegung der Bonds soll Mitte November erfolgen. Bemerkenswert für diese Anleihe ist, daß zum erstenmal bei einer europäischen Finanzierung eine Gruppe bedeutender deutscher Versicherungsgesellschaften als Garantien beteiligt sind. Die Anleihe wird für den Bau von Wohnhäusern in Berlin Verwendung finden.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten

Berlin. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf") ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Oktober mit 142,2 gegen 142,0 im Vormonat nahezu unverändert geblieben. Auch bei den einzelnen Bedarfsgruppen waren Schwankungen von nennenswertem Ausmaß nicht zu verzeichnen. Nur innerhalb der Ernährungsausgaben stand ein stärkeres Anziehen der Eierpreise einem erheblichen Rückgang der Gemüsepreise gegenüber.

Beitragspflicht von Angestellten zur Erwerbslosenfürsorge.

Berlin. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt entnimmt, haben diejenigen Angestellten Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zu entrichten, die auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes, jedoch nicht nach der Reichsversicherungsordnung für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind. Soweit daher Angestellte nicht auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes pflichtversichert sind, sind sie mangels einer gesetzlichen Vorschrift nur dann zur Zahlung von Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge verpflichtet, wenn sie auf Grund der Reichsversicherungsordnung für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind. Eine Erweiterung der Beitragsbefreiungen ist weder beabsichtigt noch möglich.

Neue Wohnungen für die Besatzung gefordert.

Neustadt. Die französische Besatzungsbehörde forderte die Stadtverwaltung auf, binnen wenigen Tagen 31 Wohnungen neuerdings für französische Besatzungsangehörige bereitzustellen. Neustadt zählt über 900 wohnungsuchende Familien. Die Stadtverwaltung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, diese Forderung abzulehnen und hat durch die Regierung der Pfalz beim Reichskommissar für die besetzten Gebiete Protest erhoben.

Festabend der Automobilindustrie.

Berlin. Zur Feier seines 25jährigen Bestehens veranstaltete der Reichsverband der Automobilindustrie im „Kaiserhof" einen Festabend, zu dem u. a. Reichsminister Dr. Curtius und Dr. Krohne, der österreichische Gesandte Dr. Frank, der Chef der Obersten Heeresleitung, General Heye, und andere Vertreter der obersten Behörden des Reiches sowie der Länder, der Parlamente, der Industrie, des Handels, der Technik und der Presse erschienen waren. Geh. Baurat Mallinger von den Daimler-Werken begrüßte die Gäste und gab einen Überblick über die Geschichte des Verbandes. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius überbrachte Grüße und Glückwünsche der Reichsregierung und sprach über verschiedene aktuelle Fagen der deutschen Automobilindustrie. Ein Festessen schloß sich der Feier an.

Auszahlung an die Hohenzollern-Familie

Berlin. Nach dem nun amtlich verkündeten Gesetz über den Vergleich Preußens mit dem Hohenzollernhaus erhält die Hauptlinie neben den 250 000 Morgen Land 15 Millionen Mark in bar. Diese 15 Millionen sind nunmehr fällig, und zwar ist die erste Rate mit fünf Millionen Mark vom preußischen Staatsministerium bereits überwiesen. Die nächsten fünf Millionen Mark werden am 1. Februar 1927, der Rest am 3. Mai 1927 gezahlt.

Die angebliche Erkrankung des Königs von Rumänien

Berlin. Wie die königlich rumänische Gesandtschaft in Berlin mitteilt, entbehren die Nachrichten von einer Erkrankung des Königs von Rumänien jeder Grundlage.

Zwei Kinder bei einem Brande umgekommen.

Köln. Hier entstand aus unbekannter Ursache ein Zimmerbrand, bei dem zwei Kinder im Alter von drei und vier Jahren erstickten.

Verhaftung von Schweizer Bankiers.

Genf. In Zürich ist die Direktion der Schweizerischen Volksbank, die vor mehreren Wochen Konkurs angemeldet hat, von der Polizei verhaftet worden, da gegen sie 14 Klagen wegen Veruntreuungen eingelaufen sind. Die Passiven der Bank betragen nach den bisherigen Feststellungen 6½ Millionen Franken, die Aktiven etwa 250 000 Franken.

Schweres Explosionsunglück.

Brüssel. Auf einer Fabrikanlage in Ougree bei Lüttich explodierte ein mit glühender Schlacke gefüllter Eisenbahnwagen. Ein Arbeiter wurde unter der glühenden Masse begraben und verbrannte, zwei weitere Arbeiter konnten mit lebensgefährlichen Verletzungen geborgen werden.

Die Trauung der Nichte des Papstes.

Rom. Der Papst vollzog im Vatikan die Trauung seiner Nichte Ratti mit Marquese Persichetti. Zu den Feierlichkeiten, die einen streng privaten Charakter hatten, waren außer den Familienmitgliedern nur die Kardinäle, das Diplomatische Korps und einige Persönlichkeiten aus der römischen Prälatur eingeladen.

Lohnerhöhung in einem englischen Kohlenrevier.

London. Die Grubenbesitzer von Nottinghamshire haben die Löhne der Bergleute bis zum 30. November um 10 Prozent erhöht, da die Menge der geförderten Kohle zugenommen hat.

Attentat auf einen persischen Parlamentarier.

Teheran. Das hervorragende Mitglied des persischen Parlaments, Mod Ar res, wurde von einem Mann überfallen, der fünf Revolverschüsse auf ihn abgab, von denen Mod Ar res an beiden Armen getroffen wurde. Ein Polizist, der den Täter zu verhaften versuchte, wurde getötet. Schließlich gelang es, den Angreifer festzunehmen.

Explosion in einer amerikanischen Kohlengrube.

Wilkesbarre (Pennsylvania). In einer Anthrazitgrube wurden acht Arbeiter durch schlagende Wetter getötet.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 30. Oktober.

* **Börsenbericht.** Der Wochenschluß der Börse war ziemlich unsicher, wenn auch schließlich noch eine Befestigung eintrat. Am Anleihemarkt herrschte lebhafte Umsatztätigkeit. Der Geldmarkt hat sich vorübergehend erheblich versteift, für tägliches Geld mußten bis zu 7 % bewilligt werden, während monatliches Geld nicht unter 6—7,50 % erhältlich war.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 20,35—20,40; holl. Gulden 167.94—168,36; Danz. 81,45 bis 81,56; franz. Frank 13,25—13,29; schweiz. 80,97 bis 81,17; Belg. 58,43—58,57; Italien 17,98—18,02; schwed. Krone 112,16—112,44; dän. 111,64—111,92; norweg. 104,62 bis 104,88; tschech. 12,43—12,47; österr. Schilling 59,29 bis 59,43; poln. Zloty (nicht amtlich) 46,33—46,57.

* **Produktenbörse.** Vom Ausland lag wenig Anregung vor. Die Weizenofferungen lauteten von Argentinien eher schwächer, von Nordamerika behauptet; für das zweithändige Angebot in Manitobaweizen zeigte sich etwas mehr Interesse. Inlandsweizen wird namentlich von den Provinzmühlen gefragt, doch ist das Angebot mäßig. Im Zeitgeschäft war es ruhig, die Anfangspreise lauteten teilweise eine Kleinigkeit schwächer. Von Roggen sind die heimischen Angebote mäßig. Schlesien nimmt noch ziemlich viel Material von der pommerschen Küste auf, sonst ist die Kaufneigung vorsichtiger. Lieferung war ruhig. Preise behaupteten sich nicht immer voll. Von Gerste ist in mittleren Qualitäten etwas mehr Material angeboten, was nicht ohne Preisdruck blieb. Für Hafer lauten die Forderungen höher, als hier durchzusetzen sind. Das Geschäft ist schwerfällig geworden. Im Mehlhandel zeigte sich für Roggenmehl etwas mehr Interesse.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	30. 10.	29. 10.
Weiz., märk.	273-276	273-276
pommersch	—	—
Rogg., märk.	221-226	221-226
pommersch	—	—
westpreuß.	—	—
Braugerste	220-266	220-268
Futtergerste	192-205	192-205
Hafer, märk.	180-196	182-198
pommersch	—	—
westpreuß.		
Weizenmehl p. 100 kg fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. ü. Not.	36,5-39,7	36,5-39,2
Roggenmehl p. 100 kg fr. Berlin br. inkl. Sack	32,0 33,7	32,2-33,7

	30. 10.	29. 10.
Weizkl. f. Brl.	12	11,7-12,0
Rogkl. f. Brl.	11,7	11,7
Raps	—	—
Leinsaat	—	—
Vikt.-Erbsen	58-68	58 68
kl. Speiseerbs.	40-42	40-42
Futtererbsen	22-26	22-26
Peluschken	21-22	21-22
Ackerbohnen	21-23	21-23
Wicken	25-26	25-26
Lupin., blaue	13-14,4	13-14
Lupin., gelbe	14-15	14-15
Seradella	—	19-20,5
Rapskuchen	15,8-16,0	15,8-16,0
Leinkuchen	20,8-21,0	20,8-21,0
Trockenschtzl.	9,8-10,2	9,8-10,2
Soya-Schrot	19,9-20,1	19,9-20,1
Torfml. 30/70	—	—
Kartoffelflck.	24,1	24,1-24,5

* **Butternotierung.** (Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten.) 1. Qualität 173, 2. Qualität 149, abfallende Qualität 125 Mark. Tendenz: Fest.

* **Schlachtviehmarkt.** Auftr.: 2450 Rinder, darunt. 410 Bullen, 1078 Ochsen, 962 Kühe u. Färsen, 1117 Kälber, 5185 Schafe, 5986 Schweine. Zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 1078. Verlauf: Bei Rindern schleppend, Kälber ruhig, Schafe langsam, Schweine ziemlich glatt. Preise. Für ein Pfund Lebendgewicht in Pfg.: Ochsen a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes 49—52, b) sonstige vollfleischige 44—47, c) fleischige 38—41, d) gering genährte 35—37. Bullen a) 52—53, b) 47—50, c) 43—45, d) 40—42. Kühe a) 42—46, b) 34—40, c) 24—32, d) 18—22. Färsen a) 48—50, b) 43—46, c) 38—40. Fresser 34—40. Kälber a) —, b) 90—93, c) 60—75, d) 47—55. Schafe a) 52—55, 55—59, b) 45—50, c) 37—42, d) 30—36. Schweine a) —, b) 79—81, c) 77—80, d) 74—78, e) 72—73. Sauen 71—73.

* **Bericht über den Stickstoffmarkt im Monat Oktober 1926.** Das Stickstoffsyndikat teilt mit: Im Inlande entsprach die Nachfrage nach Stickstoffdünger auch im Monat Oktober der Jahreszeit. Die Erzeugung und der Versand verliefen ohne Störung. Der Preis für ein Kilogramm Stickstoff im schwefelsauren Ammoniak, salzsauren Ammoniak Leunasalpeter, Basf., Kaliammonsalpeter Basf. und Harnstoff Basf. betrug im Oktober 0,94 Mark, im Kalkstickstoff 0,86 Mark. Für November sind die Preise für ein Kilogramm Stickstoff im schwefelsauren Ammoniak, salzsauren Ammoniak, Leunasalpeter Basf., Kaliammonsalpeter Basf. und Harnstoff Basf. je 0,96 Mark, für Kalkstickstoff 0,88 M. Im Natronsalpeter Basf. kostet das Kilogramm Stickstoff seit Beginn des neuen Düngejahres bis auf weiteres 1,25 Mark, im Kalksalpeter Basf. 1,15 Mark, während Leunaphos Basf. bis auf weiteres zu einem festen Preise von 25,70 Mark für 100 Kilogramm verkauft wird.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Die vielseitige Verwendung von **MAGGI's** Würze

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu RM 6.50.
Achtung auf unversehrten Plombenverschluß.

ist mancher Hausfrau noch unbekannt. Nicht nur Suppen aller Art sondern auch Gemüsen, Soßen und Salaten verleiht ein kleiner Zusatz feinen, kräftigen Wohlgeschmack.



Wirtschaftliche Vereinigung der Kriegsbeschädigten u. Kriegshinterbliebener Ortsgruppe Halver.

Mitglieder-Versammlung

am **Sonntag, den 7. Nov.** nachm. 4 Uhr im Lokale des Herrn **Lückmann in Halver.**

Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung wird die Teilnahme aller Mitglieder an dieser Versammlung bestimmt erwartet.

Der Vorstand.

Taschenlampen-Batterien
neu eingetroffen
Wilh. Bell jr., Halver.

Einholkörbe Zeitungsmappen
etc.
kaufen Sie preiswert bei
Wilh. Bell jr., Halver.

Empfehle mein reichhaltiges Lager
Ia. Zigarren, Zigaretten
Rauch- u. Kautabak
nur beste Qualitäten erster Firmen
Große Auswahl in
Amboina, Bruyere-
Pfeifen und Mutzen
Feuerzeuge u. sonst. Raucherutensilien
Fr. Herm. Bohmer,
Bahnhofstr. Schalksmühle. Bahnhofstr.

Rasier- Apparate, Klingen, Messer, Kästen, Näpfe und Pinsel
Haarschneidemaschinen
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Kaufen Sie
Ihre Tapeten bei mir

Weil meine **riesige Auswahl** mit besonderer Sorgfalt aus den Erzeugnissen von **fünfzehn großen Tapetenfabriken** zusammengestellt ist.

Weil ich infolge meines großen Bedarfs außergewöhnliche Einkaufsvorteile genieße.

Weil ich nur gegen Barzahlung verkaufe und dadurch bedeutend billiger sein kann.

Weil Sie Geld sparen!

— Ueberzeugen Sie sich bitte durch —
zwanglose Besichtigung!

TAPETENHAUS „HANSA"
Inhaber Max Müller
Lüdenscheid, Knapperstraße
3 Minuten vom Bahnhof.
Auswärtige Käufer erhalten bei Vorzeigung dieses Inserates. Fahrtentschädigung bis zu 10 Prozent des Kaufbetrages.

Dixin
Das dankbare Seifenpulver
Größte Ergiebigkeit und hervorragende Waschwirkung! Dixin ist für jedes Waschverfahren geeignet. Besonders vorteilhaft auch für Maschinenwäsche zu verwenden!
Ohne Chlor.

Neue Uhren
sowie
Reparaturen
billig und gut bei
Uhrmacher Brüser,
Bollwerk-Kierspe.

Klünder's Marschkäse
Perle von Holstein
½fett Tilsitform in Staniol
9 Pfd. 6,75 Porto Nachn. 1.-
Rote Kugelkäse
9 Pfd. 4,75 Porto Nachn. 1.-
Holsteinische Käsefabrik
Klünder & Co. Norderf.

Bester Broterwerb
ist eine Strickmaschine. Kat. fr.
P. Kirsch, Würzburg, Sanderring 6

Thomasmehl
Kali 42 %
Kali 21 %
Kainit 15 %
Knochenmehl
Amm.-Superphosphat 5×10
empfiehlt
Otto Ohler,
Ohl-Rönsahl,
Tel. 28 Amt Rönsahl.